

Aktuelle Entwicklungen in der KI - 1. Halbjahr 2024

Automatisierung repetitiver Tätigkeiten in der Verwaltung durch Künstliche Intelligenz (KI) - Bürokratie abbauen

Antrag Nr. 20-26 / A 04573 von Herr StR Manuel Pretzl, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herr StR Hans-Peter Mehling, Herr StR Leo Agerer vom 25.01.2024, eingegangen am 25.01.2024

Innovative Partnerschaften eingehen zur Beschleunigung der Digitalisierung und des Bürokratieabbaus bei der LHM

Antrag Nr. 20-26 / A 04574 von Herr StR Manuel Pretzl, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herr StR Hans-Peter Mehling, Herr StR Leo Agerer vom 25.01.2024, eingegangen am 25.01.2024

Routineaufgaben automatisieren mit KI-Support

Antrag Nr. 20-26 / A 04575 von Herr StR Manuel Pretzl, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herr StR Hans-Peter Mehling, Herr StR Leo Agerer vom 25.01.2024, eingegangen am 25.01.2024

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 13242

2 Anlagen

- Stadtratsanträge
- Stellungnahmen

Beschluss des IT-Ausschusses vom 17.07.2024 (SB)

Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag der Referentin.....	2
1. Stadtratsantrag „Automatisierung repetitiver Tätigkeiten in der Verwaltung durch Künstliche Intelligenz“ Antrag Nr. 20-26 / A 04573 von Herr StR Manuel Pretzl, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herr StR Hans-Peter Mehling, Herr StR Leo Agerer.....	2
2. Stadtratsantrag „Innovative Partnerschaften eingehen zur Beschleunigung der Digitalisierung und des Bürokratieabbaus bei der LHM“ Antrag Nr. 20-26 / A 04574 von Herr StR Manuel Pretzl, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herr StR Hans-Peter Mehling, Herr StR Leo Agerer.....	4
3. Stadtratsantrag „Routineaufgaben automatisieren mit KI-Support“ Antrag Nr. 20-26 / A 04575 von Herr StR Manuel Pretzl, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herr StR Hans-Peter Mehling, Herr StR Leo Agerer	5
4. Beteiligungen und Stellungnahmen der Referate.....	7
II. Antrag der Referentin	7
III. Beschluss.....	8

I. Vortrag der Referentin

Zusammenfassung

In dieser Beschlussvorlage werden 3 Stadtratsanträge im Zusammenhang mit KI auf Grund ihrer thematischen Verwandtschaft behandelt.

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) verspricht an vielen Stellen Prozesse effizienter zu gestalten, Bearbeitungszeiten zu reduzieren und Fehler zu vermeiden. Die öffentliche Verwaltung befindet sich jedoch beim Einsatz von KI in einer besonders verantwortungsvollen Rolle. Der Umgang mit sensiblen Daten von Bürger*innen, Transparenz bei Entscheidungen (z. B. über Sozialleistungen) und Einhaltung von gesetzlichen Grundlagen adressieren nur einen Teil der Herausforderungen

In Kooperation mit dem KI Competence Center (KICC) der LHM erarbeitet das RIT eine strategische Positionierung, um dem Anwendungsbereich der KI einen Rahmen zu geben. Ziel der Ausarbeitung ist es, die verantwortungsvolle Forschung, Entwicklung und Anwendung von KI in der Landeshauptstadt München (LHM) zum Wohle der Bürger*innen ganzheitlich zu betrachten. In diesem Zusammenhang erstellt das IT-Referat für die Berücksichtigung von ethischen Aspekten einen Datenethikkodex, der einen verantwortungsvollen, fairen und transparenten Umgang mit Daten fördert. Dieser Datenethikkodex präzisiert damit die Verhaltensregeln im Kontext Daten für die LHM und soll zur Sensibilisierung bei wichtigen Fragestellungen beitragen.

Zudem erarbeitet das KICC aktuell eine KI Roadmap, die umfassende Ziele für die kommenden drei Jahre beinhaltet, einschließlich ethischer und verantwortungsbewusster Nutzung von KI, Infrastruktur und Technologie, Kapazitätsaufbau und Personalentwicklung, Stakeholder-Engagement und Skalierbarkeit. Das KI Competence Center hat sich zum Ziel gesetzt, fortlaufend die aktuellen Entwicklungen im Kontext von KI Anwendungen zu analysieren und proaktiv die Roadmap weiterzuentwickeln.

Um das fortschrittlichen Thema KI weiter in die LHM zu tragen, wird für den 7. Juni 2024 ein KI Stadtratshearing angesetzt, mit dem Ziel, den Stadträt*innen und Interessent*innen einen Einblick in die Chancen und Risiken des Einsatzes von KI in der Stadtverwaltung zu geben und sowohl bereits bestehende Anwendungen als auch geplante Lösungen vorzustellen.

1. Stadtratsantrag „Automatisierung repetitiver Tätigkeiten in der Verwaltung durch Künstliche Intelligenz“ Antrag Nr. 20-26 / A 04573 von Herr StR Manuel Pretzl, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herr StR Hans-Peter Mehling, Herr StR Leo Agerer

Antrag

Die Stadtverwaltung prüft, in welchen Bereichen der Verwaltung der Einsatz von KI zur Automatisierung repetitiver Tätigkeiten sinnvoll und machbar ist.

Antragsbegründung

Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung und der zunehmenden Verfügbarkeit von Künstlicher Intelligenz (KI) ergeben sich neue Möglichkeiten, die Effizienz und Effektivität unserer Stadtverwaltung zu steigern. Ein vielversprechender Ansatz ist die Automatisierung repetitiver Tätigkeiten durch den Einsatz von KI. Repetitive Aufgaben, die einen erheblichen Teil der Arbeitszeit zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Anspruch nehmen, könnten durch KI-Systeme

übernommen werden. Dies würde nicht nur die Effizienz unserer Verwaltung erhöhen, sondern auch die Mitarbeiter entlasten und ihnen ermöglichen, sich auf komplexere, kreative und bürgerorientierte Aufgaben zu konzentrieren.

Die CSU-FW-Stadtratsfraktion bittet deshalb die Stadtverwaltung zu prüfen, in welchen Bereichen der Verwaltung der Einsatz von KI zur Automatisierung repetitiver Tätigkeiten sinnvoll und jetzt schon (z. B. mit Hilfe des KI Competence Centers des IT-Referats) machbar ist. Dabei sollte auch die Bewertung der technischen Machbarkeit und der Kosten-Nutzen-Relation, die Berücksichtigung von ethischen und rechtlichen Aspekten sowie die Entwicklung eines Implementierungsplans, einschließlich der Schulungen für Mitarbeiter, berücksichtigt werden.

Bearbeitung des Stadtratsantrags

Ziel des Antrags ist die Entlastung der Mitarbeiter*innen in der öffentlichen Verwaltung. Durch die Automatisierung von repetitiven Tätigkeiten ergeben sich neue Möglichkeiten, um die Effizienz und Effektivität der Stadtverwaltung zu steigern. Die gewonnene Zeit kann für kreative, komplexere und bürgerorientierte Aufgaben eingeplant werden. Bestehende Verwaltungsabläufe können effizienter gestaltet werden, zur Arbeitsentlastung beitragen und die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürger verbessern. Gleichzeitig stellt die Entwicklung in diesem Bereich die Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Transparenz, Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit von Anwendungen sind dabei relevante Anforderungen, die beachtet werden müssen. Auch müssen KI-Lösungen aus antidiskriminierungsrechtlicher Perspektive betrachtet werden und die Integration und Gleichstellung der Stadtgesellschaft sicherstellen.

Grundsätzlich sollte berücksichtigt werden, dass eine Automatisierung von repetitiven Tätigkeiten losgelöst von der Anwendung von KI-Technologien betrachtet werden muss. Auch beispielsweise robotergesteuerte Prozessautomatisierung (RPA) ist eine Softwaretechnologie, die zur Automatisierung digitaler Aufgaben eingesetzt werden kann und hinsichtlich der technischen Machbarkeit und Kosten-Nutzen-Relation in Erwägung gezogen werden muss.

Aktuell wird im Rahmen der Digitalisierung der städtischen Personalverwaltung, im Programm neoHR der erste konkrete Anwendungsfall „Freigabe Deutschlandticket“ pilotiert. Dabei soll durch eine RPA die Prüfung und Freigabe übernommen werden, ob Beschäftigte tatsächlich bei der LHM beschäftigt sind, und somit einen Anspruch auf das Deutschlandticket bzw. entsprechende Vergünstigungen haben. Die Anfrage und Antwort wird zwischen MVG und LHM automatisiert ausgetauscht. Die Ergebnisse der Pilotierung werden im Anschluss evaluiert und das weitere Vorgehen festgelegt. Weitere Automatisierungsmöglichkeiten im Personalbereich (z. B. Fahrkostenzuschuss, Fahrradleasing, etc.) werden gesammelt und anhand einer Matrix zur Evaluierung des Automatisierungsgrades bewertet und hinsichtlich des zu erwartenden Nutzens untersucht.

Die Landeshauptstadt München hat durch die Gründung des KI Competence Centers (KICC) bereits einen fundamentalen Grundstein gelegt, um stadtinternes Know-how im Rahmen von KI zu bündeln und Beratungs- und Realisierungskompetenz für die Referate und Eigenbetriebe bereitzustellen. Die Analyse bereits gängiger KI-Lösungen (wie z. B. MUCGPT) innerhalb der LHM, bildet die Basis für den Ausblick auf mögliche Anwendungsfälle, um eine zukunftsorientierte Technik und Fortschrittlichkeit sicherzustellen. Durch die aktuelle Erarbeitung einer KI-Roadmap wird ein Fahrplan für die Einführung und den Einsatz potenzieller KI-Lösungen erstellt, der dem Stadtrat vorgelegt wird. Neben der technischen Machbarkeit wird im Zuge der Portfolioplanung jeweils auch die Kosten-Nutzen Relation geplanter KI-Anwendungen geprüft, um diese in Zusammenarbeit mit den Referaten der LHM einzuführen. Darüber hinaus ist grundsätzlich eine Prüfung des Risikos und des Nutzens von KI-Lösungen unter Berücksichtigung der Werte des Datenethikkodex erforderlich. Das IT-Referat erarbeitet

aktuell eine strategische Positionierung für KI um den Beschäftigten Richtlinien (gesetzlich, ethisch, technisch, etc.) für den Umgang zur Verfügung zu stellen.

Dem Auftrag einer Prüfung des Einsatzes von KI zur Automatisierung repetitiver Tätigkeiten wird demnach bereits aktiv nachgegangen (siehe oben); wir werden im Rahmen der Fortschreibung der Digitalisierungsstrategie sowie im Rahmen der Ausgestaltung des Digitalisierungsberichts einen guten Einblick in die Einführung von KI bei der LHM geben können.

2. Stadtratsantrag „Innovative Partnerschaften eingehen zur Beschleunigung der Digitalisierung und des Bürokratieabbaus bei der LHM“ Antrag Nr. 20-26 / A 04574 von Herr StR Manuel Pretzl, Frau StRin Dr. Evelyn Menges, Herr StR Hans-Peter Mehling, Herr StR Leo Agerer

Antrag

Die Stadtverwaltung prüft, ob und wie innovative Partnerschaften mit dem privaten Sektor und der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit etabliert werden können, um die Digitalisierung und den Bürokratieabbau mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) bei der Verwaltung der Landeshauptstadt München zu beschleunigen.

Antragsbegründung

Die Digitalisierung und der Einsatz von KI bieten enorme Möglichkeiten zur Verbesserung der Effizienz und Servicequalität der Stadtverwaltung, v. a. in Zeiten von Fachkräftemangel. Um diese Potenziale voll auszuschöpfen, ist es notwendig, innovative Ansätze zu verfolgen und inhalts- und aufgabenbezogene Effektivität sicherzustellen. Das im IT-Referat bei der Stabstelle Data&Innovation angesiedelte KI Competence Center baut derzeit stadinternes Know-how im Bereich KI und Machine Learning auf. Die ambitionierten Pläne kollidieren jedoch gezwungenermaßen mit knappen Hardware-Ressourcen, die selbst eine Kommune wie die Landeshauptstadt München aus eigener Kraft nicht stemmen kann. Der Einsatz der neuen KI-Modelle benötigt nämlich eine enorme Rechenleistung. Eine solche ist allerdings mit hohem finanziellem und personellem Aufwand verbunden.

Der private Sektor und die AKDB verfügen über umfangreiches Know-how und Ressourcen in den Bereichen KI und Digitalisierung, die die LHM nutzen kann, um effektive KI-Lösungen in der Verwaltung zu entwickeln und umzusetzen. Durch solche Partnerschaften kann die LHM von den neuesten technologischen Entwicklungen profitieren, ihre Prozesse optimieren und die Bürokratie abbauen.

Die CSU-FW-Stadtratsfraktion bittet die Stadtverwaltung, zu prüfen, ob und wie solche Partnerschaften mit dem privaten Sektor und der AKDB etabliert werden können und wie diese die KI-Strategie der LHM sinnvoll und kosteneffizient unterstützen könnten. Dabei sollen die Bereiche identifiziert werden, in denen der Einsatz von KI und die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor besonders vorteilhaft für den Bürokratieabbau und die Optimierung repetitiver Prozesse sein kann. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer modernen, effizienten und bürgerorientierten Stadtverwaltung.

Bearbeitung des Stadtratsantrags

Ziel des Antrags ist die Prüfung von innovativen Partnerschaften mit dem privaten Sektor und der AKDB, um die Digitalisierung und den Bürokratieabbau mit Hilfe von KI bei der Verwaltung der LHM zu beschleunigen.

Die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor ist bereits an mehreren Stellen im IT-Referat der LHM etabliert. Durch die Gründung des KICC wurden bereits Kompetenzen für die Beratung- und Realisierung von KI-Anwendungen eingebunden. Beispielsweise hat sich das KICC gemeinsam mit dem Beratungsunternehmen Mayflower für ein Forschungsprojekt in Zusammenarbeit mit dem Landesforschungsinstitut des Freistaats Bayern fortiss beworben.

Darüber hinaus, sind bereits eine Vielzahl an Kooperationen und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren angestoßen oder etabliert.

- Die aktive Mitarbeit im NExT Netzwerk und den Communities (<https://next-netz.de/>) ermöglicht die Vernetzung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst gemeinsam die digitale Transformation der Verwaltung voranzutreiben.
- Im Rahmen der Mitarbeit in der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) finden regelmäßige Austauschtermine statt, um über praxisnahes Fachwissen zu allen Elementen der kommunalen Digitalisierung und IT zu diskutieren.
- Die Gründung des Digitalrats ermöglicht zudem den Austausch mit Expert*innen und Vertreter*innen verschiedener Interessensgruppen zu relevanten Themen der Digitalisierung in der LHM.
- Bei der Erstellung des Datenethikkodex wurden verschiedene Partner, wie beispielsweise das Bayerische Forschungsinstitut für Digitale Transformation (Bidt) eingebunden.

Die Liste stellt nur einen Auszug aus den Kooperationen und der Zusammenarbeit des RIT und KICC dar und wird im Laufe des Jahres weiterwachsen. Ein großes Anliegen ist es, durch Kooperation und Austausch nötige Expertise im Rahmen der Etablierung neuer Technologien (z.B. KI) auszuschöpfen.

Im Rahmen verschiedener Anwendungen, wie beispielsweise dem Ausländerverfahren, oder der Kfz-Vergabe besteht bereits eine Zusammenarbeit mit der AKDB. Für die Zusammenarbeit im Kontext von KI-Lösungen müssen Vertragsgespräche geführt und Vergaberichtlinien der LHM berücksichtigt werden. Am 14. März 2024 fand diesbezüglich ein Management Termin (Kundenmanagement des IT-Referats und AKDB) statt, um über eine mögliche Zusammenarbeit zu sprechen. Die AKDB beschäftigt sich aktuell mit der Aufnahme von KI Komponenten als Teilfunktionalität in ihre Produkte. Der Einsatz überschneidet sich nach heutiger Sicht wenig mit den Einsatzszenarien, die das KICC aktuell anvisiert. Daher werden derzeit kaum oder nur wenig Synergien in einer Partnerschaft gesehen. Ein gemeinsamer Workshop zum Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung kann dennoch wertvoll sein und wird für das zweite Halbjahr 2024 anvisiert. Dies ist die gemeinsam abgestimmte Sicht seitens it@M und AKDB.

3. Stadtratsantrag „Routineaufgaben automatisieren mit KI-Support“ Antrag Nr. 20-26 / A 04575 von Herr StR Manuel Pretzl, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herr StR Hans-Peter Mehling, Herr StR Leo Agerer

Antrag

Bei einer Vertragsverlängerung der derzeitigen Office Suite der Landeshauptstadt München oder einer entsprechenden Neuausschreibung wird für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung eine KI-Unterstützung für Routineaufgaben integriert.

Falls eine Integration von KI-Funktionen auch im bestehenden Vertragsverhältnis zugeschaltet werden kann, wird dies ermöglicht.

Antragsbegründung

Künstliche Intelligenz hat in den letzten Jahren enorme Fortschritte gemacht und erweist sich in zunehmend mehr Zusammenhängen als nützlich. Hierzu zählen auch unterstützende Funktionen im Bereich üblicher Bürotätigkeiten wie Terminorganisation, das Erstellen von Textbausteinen und die (teil-)automatisierte Analyse großer Datenmengen. Um qualifiziertes und knappes Personal bei der Stadtverwaltung von Routineaufgaben zu entlasten und die Effizienz der Verwaltung zu erhöhen, sollen künftig marktübliche KI-Funktionen in der Bürosoftware der LHM aktiviert werden. Eventuelle Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen sind zu berücksichtigen.

Bearbeitung des Stadtratsantrags

Ziel des Antrags ist die Bereitsstellung von KI-Unterstützung in der derzeitigen Office Suite der Landeshauptstadt München.

Wir begrüßen die Initiative des Stadtrats zur Unterstützung bei der Ausgestaltung der Infrastruktur für den Einsatz von KI bei der Landeshauptstadt München. Grundsätzlich müssen mit der Entscheidung zur Integration von KI-Lösungen in die Office Suite weitreichende Änderungen in der Infrastruktur angestoßen werden. Diese grundlegende Veränderung bedarf einer ausreichenden und kritischen Prüfung (Kosten-Nutzen-Analyse, Machbarkeitsstudie, Datensicherheitsprüfung etc.). Das IT-Referat prüft die Integration von KI-Lösungen im Hinblick auf die bestehende Infrastruktur und Prozesse. Vor allem bei der Ausrichtung der LHM auf eine Cloud-Lösung sind datenschutzrechtliche Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Hier befindet sich das IT-Referat bereits in regem Austausch mit anderen Kommunen, die vor den gleichen Herausforderungen stehen.

Das IT-Referat ist davon überzeugt, dass die Integration des Microsoft CoPilot in die Office-Produkt-Palette neue Features mit sich bringt, die eine Bereicherung für die LHM und weitere Kommunen darstellen. Die Integration dieser Lösung setzt eine Basislizenzierung voraus, deren Umsetzung durch das IT-Referat geprüft werden muss (Microsoft 365, Exchange Online etc.). Sobald die Microsoft CoPilot Office-Integration für Deutschland in einem stabilen Release zur Verfügung steht (voraussichtlich Q2 2024), wird das IT-Referat mit der Evaluierung der neuen Features beginnen.

Zudem spielen die Kosten für die Lizenzerweiterung eine erhebliche Rolle. Bei einer ersten Prüfung, gemeinsam mit dem KI Competence Center (KI CC) und dem Bereich Arbeitsplatz Entwicklung & Zentraler Betrieb bei it@M, hat sich eine Kostenschätzung im oberen einstelligen Millionenbereich ergeben.

Zu berücksichtigen gilt zudem, dass weder der LHM Fileservice noch der Mailservice in der Cloud integriert sind und beide Produkte dieses Jahr on-premise (die eingekaufte Software läuft auf der LHM Hardware) verlängert wurden. Daher fallen bei der Umstellung auch hier Kosten an.

Das IT-Referat startet mit einer Kosten-Nutzen Evaluierung um die Möglichkeiten der Erweiterung der Office Suite im Bereich der KI-Unterstützung aufzuzeigen und wird im Rahmen des Digitalisierungsberichts über den Fortschritt berichten.

4. Beteiligungen und Stellungnahmen der Referate

Die Gleichstellungstelle (GST) stimmt der Vorlage zu und bittet um die Analyse und Prüfung einer Kosten-Nutzen-Relation im Sinne des Datenethikkodex, sowie die Berücksichtigung von Gleichstellung und Antidiskriminierung bei der Entwicklung von KI-Lösungen. Das IT-Referat stimmt diesen Aspekten zu und hat sie in die Vorlage eingearbeitet.

Der Gesamtpersonalrat (GPR) stimmt der Vorlage zu und gibt Folgendes dazu mit: Die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Erhaltung der Arbeitsqualität und -bedingungen, sowie die Betrachtung bestehender und kommender rechtlicher Grundsätze, die wesentliche Auswirkungen auf den Einsatz dieser Technologien und damit unsere Beschäftigten haben können, müssen berücksichtigt werden. Das IT-Referat stimmt diesen Aspekten zu und hat sie in die Vorlage eingearbeitet.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Korreferentin (RIT) und Verwaltungsbeirat (RIT-I), Verwaltungsbeirätin (it@M)

Die Korreferentin des IT-Referats, Frau Stadträtin Sabine Bär, der zuständige Verwaltungsbeirat von RIT-I, Herr Stadtrat Lars Mentrup, und die Verwaltungsbeirätin von it@M, Frau Stadträtin Judith Greif, haben einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

II. Antrag der Referentin

1. Das IT-Referat stellt die Weiterentwicklungen im Bereich KI im Rahmen des Digitalisierungsberichts vor.
2. Mit diesem Beschluss wird der Stadtratsantrag Nr. 20-26 / A 04573 „Automatisierung repetitiver Tätigkeiten in der Verwaltung durch Künstliche Intelligenz (KI) – Bürokratie abbauen“ von Herr StR Manuel Pretzl, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herr StR Hans-Peter Mehling, Herr StR Leo Agerer vom 25.01.2024 geschäftsordnungsgemäß erledigt.
3. Mit diesem Beschluss wird der Stadtratsantrag Nr. 20-26 / A 04574 „Innovative Partnerschaften eingehen zur Beschleunigung der Digitalisierung und des Bürokratieabbaus bei der LHM“ von Herr StR Manuel Pretzl, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herr StR Hans-Peter Mehling, Herr StR Leo Agerer vom 25.01.2024 geschäftsordnungsgemäß erledigt.
4. Mit diesem Beschluss wird der Stadtratsantrag Nr. 20-26 / A 04575 „Routineaufgaben automatisieren mit KI-Support“ von Herr StR Manuel Pretzl, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Herr StR Hans-Peter Mehling, Herr StR Leo Agerer vom 25.01.2024 geschäftsordnungsgemäß erledigt.
5. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Dominik Krause

2. Bürgermeister

Dr. Laura Dornheim

Berufsm. Stadträtin

IV. Abdruck von I. mit III.

über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium - Dokumentationsstelle

an die Stadtkämmerei

an das Revisionsamt

z. K.

V. Wv. - RIT-Beschlusswesen